

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 8768.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erleichterung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einlegung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellsgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifenband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die siebengespaltene Nonpareilzeile ober deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das seitgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreigespaltenen Reklamezeile 8 M., Zweierzeile 6 M., Einzeile 4 M. Bei Familienanzeigen, Versammlungsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Zeilenzuschlag fort. Inserate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 2

Freitag, den 3. Januar 1919

Nummer 5

Austritt der Unabhängigen aus dem preussischen Ministerium.

Die preussische Ministertafel.

Die Krise in der preussischen Regierung dürfte noch heute mit dem Austritt unserer Genossen ihre Lösung finden, nachdem der Zentralrat in den wichtigsten Fragen der Revolution versagt.

Was geht vor?

Wie gemeldet wird, soll die Regierung bei ihren gestrigen Beratungen über die Lage im Osten sich darüber klar geworden sein, daß nur noch ein entschlossenes militärisches Eingreifen den polnischen Expansionsgelüsten Einhalt gebieten könne. Bestimmte Beschlüsse wurden nicht gefaßt, heute gehen die Beratungen weiter. Inzwischen ist in der Presse eine wüste Kriegsbegeisterung ausgebrochen. In trautem Einvernehmen mit dem auch Sozialdemokraten Emil Kloth in der alldeutschen „Täglichen Rundschau“ tritt Reich. Gädke im „Vorwärts“ für entschlossene militärische Maßnahmen gegen die Polen ein. „Es ist die höchste Zeit“, — schreibt er — „daß wir genügend starke reindutsche Truppenteile unter gemeinschaftlichem entschlossenem Befehl nach Osten in Marsch setzen und die Polen nicht nur wieder zurückdrängen, sondern ihnen die Waffen abnehmen und ihre Organisationen auflösen.“

Also neuer Krieg, Krieg unter den hoffnungslosesten Bedingungen, Krieg unter Gefahr des Bruches des Waffenstillstandes und der Vereitelung der Friedensverhandlungen. Schon ruft Herr Gädke nach „allgemeiner Bewaffnung der deutschen Bevölkerung“ in den östlichen Gebieten. Weiß er, für wen er arbeitet, welche Gefahren er für Land und Volk, für das Schicksal der Revolution heraufbeschwört?

Ministertafel in Braunschweig.

In einer am Donnerstag, den 2. Januar, in Braunschweig tagenden Sitzung des dortigen A. und S.-Rates kam es zu stürmischen Auseinandersetzungen. Der Volkskommissar für Inneres und Finanzen, Genosse Sepp Dexter, hatte eine Denkschrift ausgearbeitet und zur Beschlußfassung vorgelegt. In dieser Denkschrift wird gefordert, daß die A. und S.-Räte auch weiterhin als die Träger der revolutionären Macht zu gelten haben. Den Beschlüssen des Rates dürfe kein Volksbeauftragter, kein Mitglied des A. und S.-Rates entgegenarbeiten. Die Landesvertretung soll möglichst bald einberufen werden, um zu zeigen, ob sie fähig und gewillt sei, die sozialistische Republik durchzuführen oder ob sie den Kapitalismus auch weiterhin bestehen lassen wolle. Bei der Beratung dieser Denkschrift prallten die Gegenkräfte scharf aufeinander. Schließlich wurde mit 24 gegen 20 Stimmen ein Antrag angenommen, wonach die ganze Denkschrift abgelehnt wurde und eine neue gemeinsam von allen Volkskommissaren ausgearbeitete vorgelegt werden soll. Die fünf Volkskommissare saßen in diesem Antrag ein Nichtzuvotum und erklärten, sofort, ihren gemeinsamen Austritt, da sie unter solchen Umständen die Verantwortung für die Geschäfte der Regierung nicht länger tragen wollten. Der Arbeiter- und Soldatenrat wolle die Demission der fünf Volksbeauftragten einstweilen nicht annehmen.

Kein Hindernis für die Internationale.

Bern, 2. Januar. Clemenceau, der anlässlich des Empfanges einer Delegation der Confédération Générale du Travail weitestgehende Amnestieung aller durch Streikereignisse betroffenen sozialistischen Arbeiterführer in Aussicht stellte, ersuchte die Delegation um Vorlage eines neuen Programms der Arbeiterwünsche betreffend internationale Arbeitserzielung sowie gemeinsamer späterer Prüfung mit

den Führern der Confédération Générale du Travail und Vorlegung auf der Friedenskonferenz.

Clemenceau erklärte, daß das Prinzip des Achtstundentages von ihm gutgeheißen sei. Ferner versicherte er, daß er künftig keine grundsätzlichen Einwendungen gegen den Zusammentritt einer internationalen Konferenz machen werde. Er werde den Sozialisten Vorschläge ausstellen, die ihnen Erleichterungen für diese Konferenz gewähren.

Zu den Kammerführungen veröffentlicht „Humanité“ die Erklärung der sozialistischen Partei, wonach sie sich diesmal noch der Zustimmung über das provisorische Budget-Budget enthalten habe, aber noch nicht zur Opposition übergegangen sei, um den Übergang zum Friedenszustand zu ermöglichen und zu verhindern, daß den hart geprüften fruger besetzten Gebieten infolge Einstellung der Kredite keine Unterstützung zu teil werden könne. Die Erklärung stellt sich nochmals entschieden auf den Standpunkt der vierzehn Wilsonschen Grundzüge.

Clemenceau — Wilson.

Bern, 2. Januar. In der „Humanité“ schreibt Cachin: Clemenceau und Wilson haben sich ruhigen Verzens in den klarsten Widerspruch mit den Wilsonschen Grundzügen gestellt. Spöttischerweise macht sich Clemenceau über Wilsons Oble Arglosigkeit lustig. Clemenceau steht immer noch auf dem Standpunkt, daß der Mensch ein Uebel tuendes Tier ist und daß man weiter rüsten und sich wappnen müsse und Bündnisse gegen den Dritten zu schmieden habe. Für den Völkerbund findet Clemenceau nicht einmal einen Schwachen Gruß.

Wilson glaubt auch nicht an eine neue internationale Weltordnung. Er klammert sich an die alte Politik, die nur auf dem Gleichgewicht der Völker beruht. Und er und ähnlich gerichtete Kreise sollen in unserem Namen auf dem Friedenskongress sprechen!

Die bürgerliche Presse, soweit die Zeitungen überhaupt vorliegen, ist natürlich befriedigt. „Figaro“ erklärt, die Ansichten Clemenceaus, Lloyd Georges und Wilsons seien verschieden, das besage jedoch nicht, daß sie unvereinbar seien.

Das ukrainische Regierungsprogramm.

Kiew, 2. Dezember. Das Direktorium, das aus Sozialdemokraten, Sozialrevolutionären und Sozialliberalen besteht, hat heute eine Deklaration veröffentlicht. Nach einem Hinweis auf den Sieg der Demokratie über die herrschende Klasse wird darin erklärt, daß bis zu einer endgültigen Agrarreform alle Kleinbauernbetriebe und Genossenschaftswirtschaften unberührt der Ruhung der früheren Besitzer überlassen werden, während alles übrige Land den landlosen und landarmen Bauern überlassen wird, vor allem den Teilnehmern am Kampf gegen das Hetmanat. Den Bauern werden alle ihnen von den Gutbesitzern auferlegten Kontributionen auf Kosten der Gutbesitzer zurückerstattet werden, den Arbeitern wird der Achtstundentag, der Kollektivarbeitsvertrag, das Koalitions- und Streikrecht wieder gewährt. Das Direktorium betrachtet sich nur als vorübergehende Machthaber, der die Gewalt an das Volk zurückgeben wird, jedoch nur an die werktätigen Klassen, die Arbeiter und Bauern. Die Deklaration nennt die bisherige herrschende Schicht fremdländisch und den Feind des ukrainischen Volkstums und spricht ihr das Recht auf die Teilnahme an der Herrschaft ab. Das Direktorium fordert die Bauernschaft auf, nach Gouvernements Delegierte zum Kongress der werktätigen Ukrainervölker zu senden. Gleiche Delegierte senden die städtischen Fabrikarbeiter und die werktätige Intelligenz wie Volksschullehrer, Arztgehilfen, Volkskooperativbeamte, Handelsgesellen u. a. Der Kongress wird alle Hoheitsrechte und Vollmacht haben, alle sozialwirtschaftlichen und politischen Staatsfragen zu entscheiden. Nach Eintritt friedlicher Zeiten wird der Kongress der konstituierenden Versammlung Platz machen.

Kuhnenpolitisch wird das Direktorium volle Neutralität und friedliches Nebeneinanderleben der Völker anstreben.

Die Bremser.

Es ist eine, den Berliner Arbeitern wohlbelannte Tatsache, daß die Rechtssozialisten seit Kriegsbeginn bemüht waren, jede selbständige Regung der Arbeiterschaft zu unterdrücken.

Als zu Beginn des Krieges die Opposition in der damals noch geeinten Partei, den Kampf gegen die Annexionsbestrebungen der Bürgerlichen laut und immer lauter forderte, setzte die Mehrheit des Parteivorstandes dem starken Widerstand entgegen. Unter allerlei fadenhakenigen Gründen wurde die Notwendigkeit bestritten und die Möglichkeit in Abrede gestellt.

Als die Opposition den Kampf für den Frieden forderte, blieb es; damit werde der Krieg verlängert, weil die, etwa zum Frieden geneigten Gegner aus unterm Kampf gegen den Krieg trübsen Mut zum Weiterkämpfen und neue Hoffnung auf den Sieg schöpfen würden.

Als nach der Beurteilung Dieblichs die Berliner Arbeiter spontan in einen großen Proteststreik eintraten, stießen Parteivorstand und Generalkommission den berechtigten Aufruf im „Vorwärts“, der später in viel tausend Flugblättern an den Fabriken und Bahnhöfen verbreitet wurde. Darin hieß es, das Streifen während des Krieges, insbesondere in der Munitionsindustrie, hieße unsern Soldaten in den Schützengraben in den Rücken fallen. Die Staatsanwälte mochten sich diese Argumentation bald zunutze machen, bei Sirenschreien für Beurteilung auf Landesverrot mit dem ausdrücklichen Hinweis auf jenen Aufruf.

Bei dem großen Januarstreik, an dem die Scheidemannner, von der Macht der Bewegung gedrängt, sich beteiligen mußten, haben sie unter ihren Vertrauensleuten vom ersten Tage an abzuwiegen versucht.

Die Zehntausende, die damals allein von Berlin aus den roten Schein erhielten und an die Front mußten, haben nicht wenig dazu beigetragen, jenen Geist zu erzeugen, der zur Verminderung des Militarismus und zur Revolutionierung der Soldaten führte.

Ununterbrochen haben wir seitdem unter den Arbeitern im Reich und in Berlin, durch den Ausbau des Vertrauensmännerstems, durch Uebermittlung von Agitationsmaterial an die Vertrauensmänner der Betriebe und des Heeres, den revolutionären Geist zu erzeugen und zu beleben und bemüht, der in den Novembertagen denn auch den Sieg brachte.

Der Vertrauensmännerkörper, insbesondere die mit Waffen ausgerüsteten Stoßtrupps waren zu allem entschlossen, durchdrungen von dem glühenden Verlangen, dem entsetzlichen Menschenmorden durch das revolutionäre Vorgehen der Arbeiter ein Ende zu machen.

Die Rechtssozialisten setzten diesen Vorbereitungen planmäßigen Widerstand entgegen. Im „Vorwärts“ erschien die Notiz über den „ausgedehnten Waffenschmuggel aus dem Ausland“.

Die vielen Notizen gegen die „unverantwortlichen Geher“, die in triebvoller Weise zur Arbeitsniederlegung und Streikendemonstration die Arbeiter anreizten. Es wurde dringend gewarnt, ihnen Gehör zu schenken.

In den ersten Novembertagen erschien der Aufruf des Parteivorstandes der Rechtssozialisten, der proklamierte, daß „Ruhe erste Bürgerpflicht“ sei und die Arbeiter beschwor, Vertrauen zur „Vollregierung“ zu haben, um so mehr, da doch ein offizielles Friedensangebot den Ententeregierungen gemacht sei.

Tag für Tag müßte sich der „Vorwärts“ im Schweigsamkeit Angefichts, die Bewegung niederzuhalten. Auch dann noch, als bereits aus Bayern, aus Kiel und Hamburg die Nachricht vorlag von dem siegreichen Vormarsch der Revolution. Nach am Tage der Revolution, am 9. November, wurde jener Aufruf des Parteivorstandes als Flugblatt in den Betrieben verbreitet, als „Gegenakt“ gegen den namentlich unterzeichneten Aufruf unseres Aktionskomitees, der zum Losschlagen am Sonnabend aufforderte.

Glücklicherweise war unser Einfluß auf die Arbeiter größer als jener der Rechtssozialisten und so war am frühen Nachmittag des 9. November auch in Berlin die Revolution

gewonnen. Die Rechtssozialisten mühten sich der vollendeten Tatsache anpassen.

Mit der ihnen eigenen Schamlosigkeit ist das zu sehen. Manchem mag das wundernehmen, uns nicht! Wir haben sie zu oft in ähnlicher Situation gesehen.

Aber köstlich ist, wie sie ihr Bremen, das sie ja nicht leugnen können, weil die schriftlichen Beweise vorliegen, zu erklären suchen.

Einer ihrer Redner verteidigte kürzlich die rechtssozialistische Politik als Politik der Besonnenheit. Sie hätten gebremst, weil sie sich sagten, es würden viel Opfer fallen. Die Bremse sei ein sehr nützliches Ding. Der Rechtssozialismus als Bremsklotz am Wege des Weltgeschehens, in der Tat, ein sehr richtiges Bild!

Die Wähler aber werden sich wohl fragen, ob sie mit einem Bremsklotz allein etwas beginnen können oder ob sie nicht vor allem für einen starken Wagen sorgen wollen. Bremsklötze genug werden sich dann schon noch finden.

Minister Haenischs Kanoffagang.

Von Adolf Hoffmann.

Nachdem Haenisch und ich das Kultusministerium übernommen hatten, schlug mir Haenisch vor, daß wir jeder drei Beiräte berufen sollten. Haenisch berief zunächst den nationalliberalen preussischen Abg. Dr. Blankenburg und Dr. Wynken, ich selbst Dr. Baege und die Oberlehrerin Fräulein Winkelmann. Die Refors wurden geteilt. Haenisch übernahm Universitäten, höhere Schulen und Museen, ich Kirchen, Volksschulen und Theater. Vorbehalten wurde, daß in allen wichtigen und prinzipiellen Fragen beiderseitige Übereinstimmung und Unterschriften notwendig seien. Herr Haenisch wünschte noch, daß ich für die freigewordene Direktorstelle Herrn Volksschullehrer Neugebauer berufen sollte. Obwohl dieser bei den Rechtssozialisten organisiert war, ging ich unter der Bedingung darauf ein, daß meinerseits mein Gefinnungsgegenosse Hart für das Pressebureau berufen würde, um die Parteilichkeit beider Parteien aufrecht zu erhalten.

Schulerlasse.

Es wurde nun von uns beiden und den Beiräten beschlossen, jeden Mittwoch von 12 bis 2 Uhr gemeinsam erst die vorliegenden Fragen und Anträge zu beraten und die, über welche wir uns verständigten, dann in den Geschäftsgang zur Ausführung den Refors des Ministeriums zu übergeben.

Der erste Erlass, der von Herrn Dr. Blankenburg, Dr. Wynken und Haenisch für dringend notwendig gehalten wurde, war der bekannte Geschichtsunterrichts-Erlass. Dem Entwurf stimmte ich zu, schritt aber dabei die Frage des Religionsunterrichts der Dissidenten in der an, worauf ohne jeden Widerspruch ein diese Frage regelnder Passus an den Erlass angehängt wurde.

Alle weiteren Erlasse, die gemeint von Herrn Dr. Wynken, aber auch von Herrn Dr. Blankenburg und Herrn Dr. Baege ausgearbeitet wurden, sind einstimmig angenommen worden.

Also, alle Schul- und andere Erlasse, auch der so viel umstrittene Gedeterlass, sind einstimmig mit Herrn Haenisch beschlossen und von ihm gegengezeichnet, ja, soweit sie höhere Schulen betrafen, zuerst gezeichnet.

In keinem Fall hat es Herrn Haenisch gegenüber auch nur eines Zurechens bedurft. Im Gegenteil kam immer wieder sein Stolz dabei zum Ausdruck, daß die Anregung von seinen Beiräten ausging. Wenn an irgend einem Erlass Einschränkungen oder Milderungen vorgenommen, so war es fast ausschließlich durch den Einspruch des Herrn Dr. Blankenburg, einige Male, auch sachliche, von Herrn Dr. Baege.

Trennung von Staat und Kirche.

Run zu der heikeln Frage der Trennung von Staat und Kirche.

Es herrscht zwischen den Ministern und ihren Beiräten absolute Übereinstimmung über die notwendige und schnelle Durchführung der Trennung von Kirche und Schule. Nur bei der Frage der Trennung von Staat und Kirche gingen die Meinungen auseinander. Nicht darüber, daß eine solche nötig sei; hier herrschte ebenfalls Einstimmigkeit. Meinungsdivergenzen ergaben sich nur über das Wie.

Man einigte sich dahin, daß zu dieser Frage das politische

Kabinett Preußens ebenfalls Stellung nehmen müßte und zu dem Zweck einer gründlichen Vorberatung der Frage vorher eine Kommission eingesetzt werden sollte, die aus Angehörigen aller kirchlichen Richtungen und Wissenschaftlern auf dem Gebiete der Kirchengeschichte und des Kirchen- und Staatsrechts bestände. Von den verschiedenen Richtungen sollte die Einziehung von Denkschriften über diese Frage erbeten werden.

Zuerst wurden die Referenten des Ministeriums für Kirchenfragen um eine Denkschrift ersucht. Die Herren wurden von mir selbst gebeten, dieser Denkschrift eine Tabelle anzufügen über Vorschläge zum Kostenweisen Abbau der Staatszuschüsse für die Kirche, um besonders ärmeren Kirchengemeinden gegenüber Härten zu vermeiden. Ebenso wurden dieselben Herren aufgefordert, eine Aufstellung aller Gelder, die aus der Staatskassa an die Kirche gezahlt würden, in der Form vorzunehmen, daß getrennt die Summen genannt würden, die als rechtliche Verpflichtung, als widerrechtliche und für wohltätige Zwecke gegeben würden. Den letzteren beiden Aufträgen sind die Herren Beamten des Ministeriums bis heute nicht nachgekommen.

Zur Einziehung von Denkschriften zur Trennungsfrage sind außerdem aufgefordert die Herren Dietrich, Pastor Felder, Pastor Cullstrop (auf Wunsch des Herrn Haenisch), Herr Dr. Hmar Freund, Herr Pastor Dr. Wessel und die Kirchenbehörden usw.

Die Kommission zur Vorbereitung hat am 13. und 14. Dezember zum erstenmal getagt. Zwei Denkschriften lagen bereits vor. In der ersten Hälfte des Januar soll sie wieder zusammentreten.

Die Frage, ob das Resultat der Arbeit der Kommission dem preussischen oder deutschen politischen Kabinett oder der Nationalversammlung oder aber dem künftigen Parlament vorzulegen wäre, wurde offen gelassen, da dies auch davon abhängt, wann die Kommission ihre Arbeit vollendet.

Wie Herr Haenisch ganz im Geiste der gegnerischen Presse angeht, diese Tatsache von politischem Dilettantismus und Ueberfälligkeit sprechen kann, ist ohne sein Betterschulmentent zu kennen, schwer begreiflich, insbesondere, wenn man sich nochmals vor Augen hält, daß alle Beschlüsse einstimmig, d. h. mit seiner Zustimmung, gefaßt sind, so er selbst noch in der ersten Sitzung der Kommission in diesem Sinne eine längere Rede vom Stapel gelassen hat.

Die Richtlinien des Kultusministeriums.

Als vor einiger Zeit Vertreter der U. S. P. Deutschlands in Berlin zusammentraten und ich zu dieser Sitzung gehen wollte, fragte ich in einer Mittagsbesprechung des Ministeriums, ob die Herren es zur Anspornung anderer Ministerien auch außerhalb Preußens und zum Beweis, daß wohl praktische Arbeit zu vollbringen ist, für richtig hielten, der Konferenz eine Aufstellung unserer bisherigen Arbeit und der in Angriff genommenen vorzulegen. Alle waren damit einverstanden und Herr Dr. Blankenburg übernahm in aller Eile die Zusammenstellung, und nur die Eile ist schuld daran, wenn die gegnerische Presse, gehässig wie immer, schrieb: „es wäre wie Kraut und Rüben durcheinandergewürfelt“. Ich persönlich bin daran ebenso unschuldig wie an anderen mir zugeschriebenen Erlassen. Alle sind zum mindesten kollektivarbeit. Allerdings habe ich damals, da in der Konferenz der U. S. P. keine Zeit blieb, die „Richtlinien“ des Kultusministeriums vorzutragen, diese der „Freiheit“ zur Veröffentlichung übergeben.

Die Hege in Rheinland, Westfalen und Oberschlesien.

Als nunmehr die Oberlehrer und sonstigen reaktionären Schulmänner in eine wütende Gegenagitation eintraten, die von uns allen — inkl. Haenisch — vorausgesehen war, fiel dem mutigen und so folgen Konrad das Herz in die Hosen. Als dann der Kulturm mit Unterstützung der Herren von der schweren Industrie die Gelegenheit benutzte, um den katholischen Arbeitern zuzureden, es sei gegen die katholische Kirche ein neuer Kulturkampf geplant, um dadurch ihre hochverräterischen Pläne zur Vollendung von Preußen zu fördern und die Bergwerke und Unternehmungen vor der Sozialisierung zu bewahren, trat Haenisch nicht etwa diesem Gebahren mit ausläurenden Zeitungsaufstellungen und Notizen, in denen er in anderer Beziehung so ergiebig ist, entgegen, sondern setzte die Dementiersprüche in Bewegung. Mittels dieser Dementiererei stellte er sich, wenn auch verheißt, als Unschuldig hin und bestärkte die Presse in dem Glauben, das Karnickel sei sein Kollege Hoffmann.

geistiger Halbware auf den Markt gebracht werden, hätte nur zur Folge, daß jene 75 Prozent Obelguts unbeachtet blieben, während das in seinen Instinkten noch nicht geänderte Publikum mit um so größerer Wucht sich auf die 25 Prozent Scheidemünze geistiger Arbeit stürzen würden.

Die Vorherrschaft geistigen Obelgutes über minderwertige Produkte ist ein Gedanke, der nicht durch eine Diktatur verwirklicht werden kann, sondern der wirtschaftlich auf dem Wege des Kompromisses erreicht wird. Er steht nicht am Anfang, sondern am Ende der sozialistischen Bewegung, wie sie sich der geistigen Arbeitsbewegung mittel. Die Diktatur kann nur das Angebot regeln, aber niemals die Nachfrage wirklich beeinflussen. Anders ausgedrückt: Dem Bewußtsein des Publikums kann zwar geistige Ware in Höhe und Mäße vorgelegt werden, aber die Lust und das Verlangen nach ihr kann sie nicht erwecken. Wir müssen demnach zusehen, wie unter den gegebenen Verhältnissen am besten der Gedanke einer wirtschaftlichen Vorherrschaft des echten geistigen Arbeitsproduktes allmählich verwirklichte läßt.

Im den wirtschaftlichen Markt im Sinne der echten Geistesprodukte günstig zu beeinflussen, müssen von Staatswegen Kommissionen für die einzelnen Zweige des wissenschaftlich künstlerischen Lebens eingesetzt werden, über deren Wahl, Zusammenfassung und Ernennung später zu sprechen sein wird. Hier wollen wir zunächst betrachten, was diese Kommissionen angesichts der wirtschaftlichen Lage, in der sich die geistigen Arbeiter und die geistigen Produkte heute befinden, zu tun haben wird. Der Kommission unterliegt die Prüfung aller geistiger Produkte, die Anspruch darauf machen, dauernden Besitz der geistigen Welt zu sein und die gleichzeitig angesichts der wirtschaftlichen Lage, in der das Halbzeug mehr begehrt wird, als das Vollgut, geringe Erfolgsmöglichkeiten haben.

Die Kernfrage ist nun die: Wie steht es nun dies als geistig wertvoll erkannte Produkt im Wirtschaftsleben durch? Mit einer einfachen Preisformierung hervorzuheben, mit besonderer befürworteter Unterstützung der Erzeuger ist nicht getan. Denn dies hindert nicht, daß das geistige Produkt immer noch dem eigentlich wirtschaftlichen Leben gegenüber isoliert bleibt. Ein Weg nun, der das hervorzuheben Wert zugleich auszeichnet und es dem wirtschaftlichen Strom zuführt, ist der, daß für das hervorzuheben Wert bessere Bedingungen der Verbleibens verlangt werden, als gegenüber dem wertlosen Objekt, das sich auf Grund seines niedrigen Niveaus wirtschaftlich durchsetzt. So würde etwa eine Kommission für Dramen nicht etwa bewirken müssen,

Ihm war selbst nicht wohl dabei zu Mute.

Da kam ihm der Zufall zu Hilfe. Ich erkrankte so schwer, daß alles von mir ferngehalten werden mußte. Während ich mit dem Tode rang, benutzte mein Kollege die Zeit, rückwärtslos auf meine Kosten eine Mohrenwäsche an sich vorzunehmen, sowie einen gründlichen Kanoffagang nach Rom und zu den Oberlehrern dargubereiten. Dazu rüde er von „meiner Politik“ ab, die bis auf das i-Tüpfelchen seine und unsere gemeinsame Politik inklusive unserer Verträge bisher war.

Der neue, bazillenfreie Zentralrat war für ihn die Garantie, daß seine Zeit gekommen war, sich von dem lästigen Konkurrenzkollegen zu befreien.

Haenischs erstes Opfer.

Als erstes Opfer wurde seine größte „Freude und Stolz“, Dr. Wynken, in Abwesenheit Hoffmanns in die Wüste geschickt. Entlassen wie angenommen durfte nach den Abmachungen nur mit Zustimmung beider Minister werden. Deshalb wählte Haenisch hat den Weg, den Mann, der einfach aussah, daß er bei einem so rückgratlosen Menschen, der heute widerruft was er gestern beordnet hat, nichts werden konnte, durch Versprechen seinen Diebstahlplan, eine Reformschule, zu fördern, gefügig zu machen. Was kam es darauf an, ihm nach Wahl ein Schlag und genügende Geldmittel durch das Ministerium in Aussicht zu stellen, wenn er, Haenisch, ihn nur ohne Skandal los würde, um nach außen den Schein zu erwecken: „Seht, ich, der Minister Haenisch, bin an all den Schulclassen unschuldig und habe dem Schuldigen den Stuß vor die Tür gesetzt.“ Das gelang prächtig. Ein neunzehnjähriger, gemahregelter Schüler, dessen sich Dr. Wynken im Rheinland zu seiner Information bedient hatte, mußte als Vorwand dazu herhalten.

Nachdem Dr. Wynken so erledigt war, ging das Rekrutieren gegen den toifranken Kollegen los.

Notigen und Artikel wurden von allen Seiten in die Zeitungen lanciert, in welchen ich als die Seele und der Schuldige aller Vorgänge im Ministerium hingestellt wurde und Haenisch als das arme Opfer dieses rücksichtslosen Menschen, das man von ihm befreien müßte.

Die unglaublichen Lügen und Verdrehungen wurden verbreitet. Der Verleumdete konnte sich ja nicht wehren, ja, vorausichtlich überhaupt nicht mehr antworten.

Aber es kam anders. Nach einiger Zeit war ich soweit hergestellt, daß ich gegen das unerhörte Vorgehen Haenischs, der gemeinsam gezeichnete Erlasse, auch nachdem ich dem Ministerium von der Wiederaufnahme meiner Tätigkeit Mitteilung gemacht hatte, einseitig zurücknahm, energisch protestieren konnte. Jetzt ließ der liebeshäufige Kollege die Wäsche ganz fallen. Der neue U. S. P. seine Zentralrat gab ihm, wie gesagt, die Garantie, daß er als Sieger bei dem Rennen hervorgehen würde und nun wurde mit einem für die „Glocke“ berechneten Artikel die Presse überschwemmt. In diesem Artikel stellt er die Wahrheit direkt auf den Kopf. Er behauptet, um nur eines hier festzuhalten: „Ihm wäre die Pistole mit dem Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats mehr als einmal auf die Brust gesetzt.“

Ein einziges Mal habe ich Haenisch gegenüber erklärt: „Dann wird der Arbeiter- und Soldatenrat entscheiden“, und das war, als die Stelle des Unterstaatssekretärs neu zu besetzen war, Haenisch schlug seinen Genossen Heinrich Schulz vor. Er behauptete: „Es wäre geradezu eine Ehrenpflicht, den Verfasser eines so meisterhaften Schulbuches für die Mitarbeit im Ministerium heranzuziehen.“ Ich selbst schlug Dr. Baege vor und sagte: „Ist das Deine ehrliche Meinung über Heinrich Schulz, dann war es Deine verdamnte Pflicht, ihn sofort an Stelle des nationalliberalen Blankenburg bei Eintritt ins Ministerium mitzubringen. Jetzt bestimme ich auf Dr. Baege, und da mag der Vollzugsrat entscheiden.“ Schulz verzögerte und machte so die Entscheidung durch den Vollzugsrat unmöglich.

Jetzt aber, wo der Vollzugsrat befristet und an seine Stelle der nur aus Rechtssozialisten bestehende Zentralrat getreten ist, hat Haenisch nicht mehr nötig, seinen Kanoffagang im Bidegats-Ruts fortzusetzen, sondern konnte ihn „grabinig“ antreten. Ich glaube, nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu haben, diese Vorgänge im Kultusministerium der Öffentlichkeit zu unterbreiten und behalte mir vor, über meine Ergebnisse daselbst weitere Aufschlüsse zu geben. Für heute wünsche ich, dem politischen Farbenspiel warme Hufe und warme Ohren, wenn es barhäuptig und barfüßig in dem Hof von Kanossa ankommt. Wladislaw Reisel

Der geistige Arbeiter im sozialistischen Staat.

Von Hellmuth Jallensfeld.

III. *)

Das Problem der geistigen Arbeit im sozialistischen Staate lautet folgendermaßen: Wie bewerten wir es, daß das geistige Produkt seinem Werte nach, nicht seiner Beliebtheit auf dem Markt nach bezahlt wird? Wie bewirkt man, daß das geistige Produkt seinem wirtschaftlichen Erfolge nach nicht mehr abhängig ist von dem gumeist sinnlichen, jedenfalls aber nie rein sachlichen Bedürfnissen des Publikums, sondern von dem inneren sachlichen Wert? Ein einfaches Mittel wäre das eines geistigen Absolutismus. Es wird etwa vorgeboten, daß niedrige Produkte geistiger Arbeit auf den Markt geworfen werden oder nur in geringer Zahl auf ihm erscheinen und zugelassen wird nur das eigenlich geistige Produkt.

Auch hier wäre natürlich eine Kommission des Staates zur Prüfung der Produkte geistiger Arbeit notwendig, die der Form nach mit den Mitteln der Zwangsherrschaft, der Zensur und der Diktatur, entschiede, was niedriges und was geistiges Produkt der Arbeit ist. Daß an solche Diktatur der geistigen Arbeitsprodukte heute nicht zu denken ist, hat mehrere Gründe. Der geringste Grund wäre der, daß eine solche Kommission mit diktatorischer Gewalt schwer anzustellen und schwer zu finden ist, daß sie aber nach ihrer Konstituierung noch häufig genug Fehler machen wird. Will man überhaupt der Anregungen, die hier gesehen, folgen, so wird man an eine solche Kommission in irgendeiner Form doch denken müssen. Weit gewichtiger aber ist folgender Einwand: Die Diktatur des geistigen Marktes würde zunächst nur Markt entleerend wirken. Nicht etwa die geringe Anzahl wirklich geistiger Produkte auf wissenschaftlichem und künstlerischem Gebiete, die ja durchaus heute nicht besteht, hätte die Marktarmut zur Folge, sondern umgekehrt die geringe Bekanntheit der breiten Masse des Publikums mit wahrhaft geistigen Produkten hätte zur Folge, daß die Vberschwemmung mit geistigen Produkten kein Echo in der entsprechenden Nachfrage fände. Die reine Diktatur des geistigen Marktes, die etwa anordnen würde, es dürften jährlich 75 Prozent geistiger Produkte und 25 Prozent

daß diese Dramen in Sonderveranstaltungen einen lediglich durch kapitalistische Umstände sich als bevorzugt fühlenden Publikum vorgesetzt werden, sondern daß Theater mit hohen Kassenerlögen an geringwertigen Theaterstücken gezwungen werden, ein- oder zweimal in der Woche etwa diese als wertvoll erkannten Produkte aufzuführen. So würde etwa eine Kommission für Komandanten dafür sorgen müssen, daß der wirklich echte Roman unter Bedingungen erscheine, die den Verfasser von vornherein unabhängiger von dem Ausschall des wirtschaftlichen Erfolges machen. Hier könnte etwa ein allgemeiner Modus gefunden werden, nach dem bei Verträgen zwischen Schriftstellern und Verlegern die Verleger zugunommen werden, das literarisch wertvolle Werk zu billigeren Preisen zu verkaufen, als das wertlose aber erfolgreiche Buch. Indem durch das Eingreifen dieser Werte präzisieren Kommission das geistig wertvolle Produkt in seinem Verkaufspreise gegenüber allen anderen geistig belanglosen Produkten soweit herabgesetzt wird, daß der Widerstand des Käufers schon durch die Billigkeit des Preises beseitigt wird, wird dem sachlich bedeutsamen Produkte auch wirtschaftlich der Weg zum Erfolg aufs wirksamste gebreitet.

Konkret wäre die Arbeit der Kommissionen in den anderen Zweigen des geistigen Lebens. Ueberall, wo es sich um als wahrhaft wertvoll erkannte Werke handelt, treten die Kommissionen mit ihrer vom Staate verliehenen Macht dazwischen, wenn es sich um den wirtschaftlichen Vertrieb dieser Werke handelt. Ueberall bewirken sie hier, daß dem wertvollen Werke die Unterstützung gewährt wird, zu hervorzuheben geringen Verkaufspreisen in die Masse gebracht zu werden, so daß gerade wieder durch die wirtschaftliche Natur des Verkaufs die Menge zum Genutz dieser Produkte geführt wird. Wir sehen hier also, daß wir die Form der Wirtschaft nicht zu zerbrechen brauchen, um dem geistigen Produkte seinen Erfolg zu sichern. Es werden lediglich durch den berechtigten Nachspruch der Kommissionen die Formen der Wirtschaft so sehr zugunsten des wertvollen Produktes geneigt, daß mit der Zeit auch durch den widerwilligen Strom des Marktes hindurch immer mehr und mehr die reinen und edlen Werke des Geistes der breiten Masse des Volkes mitteilen. Wir sehen ferner, daß es sich hier um einen echten Fall der Sozialisierung handelt, insofern natürlich die zu jener Sozialisierung weisen Verlage und Vertriebe geistiger Arbeit am meisten in Anspruch genommen werden müssen. Wie wir schon sagten, daß die wirtschaftlich erfolgreichsten Theater zu jener Veranstaltung wertvoll erkannter Dramen gezwungen werden müßten, so dürften auch hier vor

*) Vergl. auch Nr. 53 der „Freiheit“.

Eine Erklärung der Revolutionären Obleute.

Die Obleute wenden sich mit dem folgenden Aufruf an die Mitglieder der U. S. P. D.:

Die beginnende Revolution hat die Klassenbewusste Arbeiterschaft Deutschlands vor die gewaltigsten Aufgaben von weltgeschichtlicher Bedeutung gestellt.

Es gilt die Umgestaltung der kapitalistischen zu einer sozialistischen Ordnung. Weslich muß die Produktion gemeinnützlich betrieben werden zum Nutzen der Gesamtheit. Gleiche Rechte und gleiche Pflichten für alle Männer und Frauen sind die Vorbedingung für die Durchführung und dauernde Erhaltung der sozialistischen Neuordnung. Der einzelne soll frei sein, soweit nicht das Gemeinwohl seine Dienste erfordert oder die Rücksicht auf seine Nebenmenschen seiner Selbstbetätigung Schranken zieht.

Es gilt die Solidarität mit dem internationalen Proletariat aufrecht zu erhalten, denn nur dadurch kann ein dauernder Völkerverbund herbeigeführt und der Sozialismus in der ganzen Welt fest verankert werden.

Diese erhabenen Ziele zu verwirklichen, bedarf es der Zusammenballung der Proletariermassen zu Aktionen von unwiderstehlicher Elofraft. Unsere nächste Aufgabe ist die Werbearbeit für dieses Ziel durch das Wort und durch die Tat.

Die Parteigerissenheit des Proletariats, auch der sozialistischen Arbeiterschaft, steht diesen entscheidenden Aktionen hinderlich im Wege. Das schlimmste Hindernis bildet die gewohnheitsmäßige Gefolgshaft großer Schichten von organisierten Sozialisten im Rahmen der alten sozialdemokratischen Partei, die während des Krieges von ihren Führern zur Bundesgenossenschaft mit den Kriegshebern, zur Unterstützung der imperialistischen, von Verbrechen und Verbrechen herabstufenden Regierung verleitet wurde.

Aber auch unter den Sozialisten, die sich im Laufe des Krieges freigeigelt hatten und jahrelang die Vorbereitung einer revolutionären Erhebung betrieben, besteht keine Einigkeit. Die Zerrissenheit ist immer größer geworden.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei, deren von der Notwendigkeit einer Erhebung überzeugte Mitglieder die Träger der Novemberrevolution waren, ist schwer lempromittiert worden durch den Eintritt eines Teiles ihrer Führer in die Regierung. Die Unabhängigen Kabinettsmitglieder wurden zu Bundesgenossen und schließlich zu Besanonen der bisherigen Kabinettsmitglieder des Besatzungszustandes degradiert. Von Tag zu Tag verstricken sie sich mehr und mehr in deren Rede. Mit ihnen wurde auch die Partei für eine revolutionäre Bestätigung akklamatorisch gemacht. Das Ergebnis dieses Zählungsprozesses wird nicht abgesehen dadurch, daß ein besonders bösartiger Streich der Ebert, Seidemann und Landsberg des Reichstagskabinetts unter den Wärfen, die Unabhängigen endlich zum Austritt aus dem Kabinett nötigte.

Die von der Unvermeidlichkeit der revolutionären Weiterentwicklung überzeugten Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei haben diesen verhängnisvollen rückläufigen Entwicklungsschritt von Anfang an erkannt und innerhalb der Partei zu bekämpfen versucht. Sie konnten sich dabei stützen auf die revolutionären Betriebsorganisationen, in denen sich die Aktionskraft der Klassenbewussten Berliner Arbeiterschaft verkörpert.

Die Unzufriedenheit der revolutionären Berliner Arbeiterschaft mit dem Verhalten der meistens führenden Personen der U. S. P. D., die Erfahrungen, die auf dem Mittelweg mit den Vertretern der U. S. P. D. in der Regierung gemacht wurden, sowie die verfahrensmäßige und opportunistische Haltung des Berliner Parteivorstandes, der „Freiheit“, veranlaßte die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Berliner Großbetriebe, sich in zahlreichen Sitzungen mit dem Verhalten der Unabhängigen Partei zu beschäftigen. Wiederholte Versuche, die Parteileitung zur Abhaltung eines Parteitagcs zu veranlassen, um eine Klärung der Meinungen innerhalb der Partei herbeizuführen, scheiterten an dem hartnäckigen Widerstande der Mehrheit der Zentralleitung der Partei.

Da die Revolutionären Obleute und Vertrauensleute von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß um die Revolution zu ihrem Ziele, einer nicht nur dem Namen nach sozialistischen Republik Deutschlands, zu bringen, suchen sie neue Wege, um zu diesem Ziele zu gelangen. Das Gebot der Stunde war für sie die Zusammenfassung aller wirklich revolutionären Kräfte zu einer einheitlichen Organisation.

Weiler schloß sich, ohne vorherige Verständigung mit den Revolutionären Obleuten und Vertrauensleuten, der Spartakusbund zu der kommunistischen Partei Deutschlands zusammen. Alle Versuche, mit dieser neuen Parteigein-

bung eine Verständigung herbeizuführen, schlugen fehl. Die Revolutionären Obleute und Vertrauensleute trennten sich bedingungslos in der kommunistischen Partei aufgeben, sondern hielten es ihrer Ueberzeugung gemäß für notwendig, sich bei einem eventuellen Eintritt in die kommunistische Partei einen Einfluß auf Organisation und Taktik dieser Partei zu sichern. Da die Reichskonferenz der kommunistischen Partei die Forderung der Revolutionären Obleute und Vertrauensleute ablehnte und nur ein unbefriedigendes Gegenangebot machte, lehnten diese den geschlossenen Eintritt in die kommunistische Partei ab.

Es entstand jetzt die Frage, ob die revolutionären Obleute und Vertrauensleute die Initiative zur Bildung einer eigenen Partei ergreifen sollten. Es wurde davon Abstand genommen, weil man die organisatorische Zerrissenheit des Proletariats durch einen solchen Schritt nicht beseitigen wollte.

Unter diesen Umständen hielten es die Revolutionären Obleute und Vertrauensleute für geboten, zunächst noch Mitglieder der U. S. P. D. zu bleiben. Sie werden mit aller Energie auf die Abhaltung eines Parteitagcs in aller nächster Zeit dringen. Dieser Parteitag wird zu entscheiden haben, ob die Partei eine konsequente revolutionäre Politik treiben will, oder ob die schwankenden und opportunistischen Elemente die Führung behalten sollen. Von der Entscheidung des Parteitagcs wird das weitere Verhalten der Revolutionären Obleute und ihrer Freunde im Reich abhängen.

An die Genossinnen und Genossen der U. S. P. D. richten wir den Ruf, sich um uns zu scharren, um die Partei wieder ihren revolutionären und sozialistischen Aufgaben zuzuführen.

Wir richten unseren Ruf aber auch an all die Männer und Frauen, die die Verwirklichung des sozialistischen Endzieles mit revolutionären Mitteln erstreben. Stellt Euch Opfer- und tapfer bereit an unsere Seite! Schließt Euch mit uns zusammen zum Kampf gegen Kapitalismus, gegen reaktionäre Unterdrückung! Helft mit aller Eurer revolutionären Energie bei der schleunigen Verwirklichung des Sozialismus. Nur dadurch könnt Ihr die durch den Weltkrieg entstandenen Risse bannen und Euch und der ganzen Kulturwelt eine schönere Zukunft schaffen.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Berliner Großbetriebe.

J. K.: Paul Schulze, Mich. Rowatowski, Paul Meyer.

Der Aufruf der revolutionären Obleute erweckt ein feltames Gefühl. Sie wenden sich jetzt wieder an die Partei, die sie eben zerrissen wollten zugunsten einer anderen. Sie erlassen politische Kundgebungen an dieselben Genossen, von denen sie sich trennen wollten. Sie machen Politik auf eigene Faust ohne und gegen die politische Organisation. Das ist ein ganz unmöglicher Zustand. Derselbe untröstliche Zustand, den das Verbleiben des Spartakusbundes in der Organisation herbeigeführt hatte, soll jetzt verewigt werden: das Nebeneinanderbestehen zweier politischer Organisationen oder Organisationsleitungen, die zum Teil gegeneinander arbeiten. Das geht so nicht und wir können die Berliner Arbeiter nur auf das dringendste warnen, sich darauf einzulassen. Ueber die Politik können nur die politisch organisierten Parteigenossen in ihrer Gesamtheit in ihrer politischen Organisation entscheiden und nicht eine Körperschaft, die außerhalb derselben steht, zu ganz anderen Zwecken besteht und politisch nicht kontrolliert werden kann, in der neben Unabhängigen noch reine Spartakusbänger sitzen und großen Einfluß ausüben. Und diese Körperschaft verdient um so weniger das politische Vertrauen der Berliner Parteigenossen, als sie auch jetzt noch davon sprechen, daß sie nur „zunächst noch Mitglieder der U. S. P. D. bleiben wollen“. Führung auf Mündigkeit und unter dem Vorbehalt, daß die Partei deren Willen tun muß oder sonst verlassen wird, kann die Partei nicht brauchen.

Daß wir den politischen Standpunkt des Aufrufs für verfehlt ansehen, brauchen wir nicht erst zu begründen. Daale hat hier schon fürsich dargelegt, daß gerade das Vorgehen der Spartakusgruppe und ihrer Verbündeten die U. S. P. D. in ihrer Aktionskraft gelähmt hat. Insbesondere hat die Abstinenzpolitik gegenüber dem Zentralrat dazu geführt, den Rechtssozialisten alle Machtproportionen in die Hände zu spielen. Genossen, die im Begriffe waren, die Partei vollends zu zerplittern und zu zerstören und noch dazu unmittelbar vor den Wahlen, kheimen uns überhaupt wenig geeignet, sich zu Richtern über politische Taktik aufzuwerfen. X

lebensschafflich Dasein und ewiges Wert und Erbe von Leben und Tod. Kultur! Wogu ist alles Erkennen und Gestaltete der Denker und Dichter gesammelt und aufgespeichert durch Jahrtausende? Wogu dient die tiefendastige Leistung aller Geister — das Einzige und Erhabene, das Mut geben kann — wie, — das die Sonne noch scheint? Nicht viel mehr als dazu: den Schrank eines besitzenden Individuums zu füllen. Nicht viel mehr als dazu: daß Köpfer von ihrer Schönheit und Vollkommenheit erzählen, wie einer, der sich nie im Spiegel sah — Es ist noch nicht alles damit getan, daß die Philosophie Oekonomin wurde. Sie ist nicht Politik geworden, nicht das Ethos der Politik und nicht in wesentlichen Formeln und Erkenntnissen nicht einmal, die Handlung in der Politik — auch nicht in Weltanschauung und Urteil. — Sie soll dem Augenblick geben, was sein Recht ist! Und für große Geschehnisse Menschheitswerte, -erfahrungen in Frage steht. Dem Augenblick geben, was sein Recht ist! Aber was ist eine Politik, die die Arbeiterarbeit abschafft, oder den vergrößerten Frondienst ganzer Arbeiterschichten, oder die Wohnungs-, die Sonnennot! Und endlich den Krieg! Was hier recht ist, das ist die Eile, mit der man einen Brand löschen würde! Und wo ist diese Gegenwärtigkeit einer weltanschaulichen Politik? — Wer den Wahn liebt und um seinen Wert weiß, wird die Art an einige Wurzeln legen. Räume, die den ganzen Wahn allmählich vernichten — unsre Politikler aber lassen ganze Wälder zugrunde gehen, ganze Menschenschichten verderben und langsam verkommen. Würden sie endlich das Ganze sehen statt einen, meist ihren Teil, würden sie Ursachen und Wirkungen auch nur in der größten Form erfassen, noch kaum, mit allen Feinheiten, die Geschichte in einer späten Stunde lehrt — würden sie Philosophen — Denkende sein — aber sie sind Politikler aus Karriere — und sie werden statt solcher Gegenwartspolitik mittelalterliche Zeremonien mitmachen und darin Handlungen, wie sie der vernunftbegabte Mensch einer neuen Zeit in seiner Phantasie kaum konstruieren könnte.

Der Höhe Kapitalismus amüßert sich dazu und mit ihnen. Er läßt ihre feierlichen Karrenspinnen ernsthaft würdigen — denn wenn er auch heimlich zillere Organe kennt, so braucht er die lächerliche Würde von Rüstern und Priestern doch gern zur Ehre seines Thrones, so daß er unbesorgt schließlich jedem Untertan sein Haupt in den Schoß und seine Finger in die Taschen legen kann. — Ach ihr Köpfer! Und vor allem, du Volk der Denker und Dichter, daß du dieses alle Tage noch in so vielen Lebensaltern deiner Kräfte nun siehst und duldest und zuliegt dazu dis-

Aus der Partei. Reine Scheidung.

Der Aufruf der Spartakusbänger an den Reichstag der U. S. P. wird von der Parteipresse mit Genugtuung aufgenommen. Die „Reisiger Volkzeitung“ schreibt:

„Die Beschlüsse der Spartakusgruppe lauten also, wie wir schon vorausgesetzt haben, zu einer scharfen Scheidung von unsrer Partei hinaus. Sie wird insbesondere durch die Konfizierung der Nationalversammlungswahlen durch die neue kommunistische Partei vertrieben. Damit ist also für die Unabhängige Sozialdemokratie nun die Bahn fest vorgezeichnet. Sie ist von dem Hindernis eines ihrer Taktik und Politik widersprechenden Anhängels befreit und kann nun, von inneren Hemmnissen frei, ihre ganze Kraft zur Rettung für die Nationalversammlung aufbieten. Es gilt nun, dem revolutionären Sozialismus eine partei, aktionsfähige Vertretung in der Konstitution zu verschaffen, die die Selbst- und Viertelsozialisten im Scheidemann-Lager im Schoß halten und zur Anerkennung der Forderungen der Arbeiterklasse zwingen kann.“

Auch zur Kandidatenaufstellung für die Nationalversammlung, die in der letzten Generalversammlung der U. S. P. vorgenommen worden ist, nimmt das Reispiger Bruderblatt Stellung; es schreibt darüber:

„Die Entscheidung der Mehrheit der Berliner Genossen bedeutet ein Fortschreiten auf der Bahn, die sie mit ihrer Ablehnung der Spartakus-Resolution gegen die Nationalversammlung in der Generalversammlung vom 15. Dezember beschränkt haben. Der trennende Strich vom Spartakusbund ist verstrichen worden, es ist abgelehnt worden, die Kandidatenaufstellung zu verabschieden, was die Ablehnung einer gemeinsamen Kandidatenliste mit der Spartakusgruppe bedeutet, und die Richtung innerhalb der Partei, die die Kandidatur Haase zu Fall bringen und ihm damit ein Mißtrauensvotum wegen seines Eintritts in die Regierung ausgestellt wissen wollte, ist unterlegen. Die Mehrheit der Berliner Genossen hat sich damit für eine entschiedene revolutionäre Politik erklärt, aber die Ablehnung an die Methoden des Spartakusbundes abgelehnt.“

Im Halleschen Volksblatt heißt es, daß die Gründung der kommunistischen Partei im Interesse der Klärung notwendig gewesen sei. Es wurde zum unholdbaren Zustande, daß die Spartakusleute noch in der Unabhängigen Sozialdemokratie organisiert waren, trotzdem sie eine völlig selbständige Politik treiben, die im Gegensatz zur Politik der Unabhängigen stand. Nun ist die Scheidung erfolgt und auch hier Klarheit eingetreten.“

Das Deutsche Proletariat demonstrierte am 31. Dezember. Ungefähr tausende nahmen Stellung gegen die Regierungssozialisten, die Arm in Arm mit dem Bürgertum in Berlin gegen das sozialistische Proletariat demonstriert haben. Eine Resolution spricht dem K. und S. Mat unbedingt Vertrauen aus und verurteilt die arbeitfeindliche Politik der Regierungssozialisten.

Von der Parteipresse.

Vom 1. Januar an erscheint in P. I. u. N. die „Volkzeitung“ für das Vogtland.

In Chemnitz wird jetzt „Der Kämpfer“, ursprünglich eine Wahlzeitung für die Wahl zum K. und S. Mat, dreimal wöchentlich herausgegeben.

Politische Nachrichten.

Druckfehlerberichtigung. Der Sekretär, der uns schon manchen bösen Streich gespielt, hat in der heutigen Morgennummer in der Notiz „Ein Skandal“ aus „Revolution fürcht“ das Wort, „Revolution fürcht“ gemacht. Wir bitten das zu berichtigen.

Die Strassburger Berichte des Allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldaten-Räte Deutschlands, der vom 18. bis 21. Dezember 1918 im Abgeordnetenhause zu Berlin gelangt hat, werden in wenigen Tagen im Druck herauskommen. Die Verhandlungen sind für Nachschlagezwecke übersichtlich aufgemacht. Ausführliche Sach-, Redner- und Teilnehmer-Verzeichnisse sowie wichtige Anlagen sind ihm beigegeben. Für Bibliotheken, Zeitungen, politische Parteien, Gewerkschaften und wirtschaftliche Vereinigungen ist das Verzeichnis unentgeltlich. Da nur eine beschränkte Anzahl hergestellt wird, wollen man Bestellungen umgehend mit der Aufschrift „Kongress-Bureau des Zentralrates, Berlin, Herrenhaus (Zimmer 26)“ einbringen. Der Verkaufspreis beträgt 5 Pf.

allem nur jene Verlage und Vertriebe in Betracht kommen, die auf Grund wirtschaftlicher Erfolge in der Lage sind, ohne wirtschaftlichen Erfolg für sich selbst den Vertrieb jener Werke zu übernehmen, die ihnen die Kommissionen zuweisen.

Wenn man hier von einer Sozialisierung der geistigen Arbeit spricht, so bedeutet sie freilich nicht ganz dasselbe, wie die Sozialisierung der Fabriken und des Bergbaus. Denn hier handelt es sich um die Sozialisierung der Produktionsmittel, um wirtschaftlich und sekundär die Masse des Volkes zu unterstützen. Hier dagegen handelt es sich darum, die geistige Versorgung dem Volke intensiver nahezubringen, als es bisher möglich war. Dort handelt es sich um die Vergeßlichkeit wirtschaftlichen Gutes, hier um die geistige Werte. Sozialismus freilich ist das eine wie das andere, und die Sozialisierung der geistigen Arbeit gehört mit Notwendigkeit ebenso zum Programm des Sozialismus, wie die schon klar erkannte Forderung der Wirtschaftssozialisierung. Außerdem oder bedeutet ja die Sozialisierung der geistigen Arbeit noch mehr, als lediglich die intensivere Versorgung der Masse mit geistigen Werten. Sie bedeutet auch in demselben Augenblick die Anerkennung der geistigen Persönlichkeit durch wirtschaftliche Maßnahmen, sie bedeutet somit den Sieg auch des schöpferischen Individuums innerhalb der Wirtschaftswelt. Und hier wiederum liegt ein Grund für die Wichtigkeit der heute noch häufig besprochenen Ansicht, daß der echte Sozialismus sich nicht nur mit den Forderungen der Kultur, der Persönlichkeit, des Individualismus verträgt, sondern sogar aus ihnen Ansprüchen heraus entspringt.

Aus den Briefen eines Gefangenen.

Wien, 1916.

... Sie reden von Politik. Der Politik der Nachhaken. Der Politik, die die Welt — o großes Wort! regiert. Wer hat diese Politik zu ihrem Beruf berufen? Ihre politische Karriere, ihr Standesherkommen. Und was nun ist Sie nennen von Tag zu Tag, um einen Stußgang der Menschheit weisheitsvoll zu halten. Sie machen, daß von Tag zu Tag ein Gerinnsel zu Quark werde. Im Ernst. Noch immer fehlt der offiziellen Politik nicht nur viel Geist, sondern jede Philosophie, als Maßstab wie als Temperament, als Prinzip wie als Charakter. Wogu haben die Geister der Völker gedacht, von frühen Jahrtausenden bis heute! — Wogu lebte die Philosophie ihr

Daß nur deine Armen sich endlich empören, die Rechtlosen, die politisch Unmündigen, noch immer nicht deine Dichter und Denker, deine Künstler, deine Geister! Deine Ueberlegenen, deine Gerechten und Wären es eine Handvoll. — Sich aufsehnen. Dolche dagegen reden. Werke spotteten, Romdnen lachten! Und ihre Keckheit bis ihre Schmeichelei den Mund verzieht, wenn eine politische, h. i. eine überzeugte Zeitung kräftiges Deutsch redet. Und deren ästhetische Fibel offenbar das Ding: Jörn I. wegessen hat. Jörn, der prachtvoll schimpfen kann! Leidenschaftliche Klagen gesungen, werden eine Gemeinde haben — aber der Schrei der Wut wird Neugierige locken. Darauf sehr kommt es an! Auf die Schlußsätze nämlich! Die Guten, die aber nicht denken. Und was wundert ihr für prachtvolle Kosthelen sein, so ihr prachtvoll mit all eurer Kunst schimpfen könnt. Wo die Höflichkeit so vieler Geister Gründe und Gründe darlegte, wo die Wissenschaft der Eham und Ehande selbst mitteilig und gerecht Gewänder und Hüllen ließ — und wo alles dies nichts nützte und die Schamlosigkeit und Gedankenlosigkeit weiter ungeniert ihr Wesen trieb, wo die Dummheit ganze Kulturen auf Tadelzettel hinaus verdrückte und zerstört — da sind kräftige Bergpredigten geboten. Und ich wiederhole: wie prachtvoll stände euch Deutschen ein Dichter, der wahrhaftig prachtvolle Insurien formulieren könnte, um die dumme oder überwollende Welt aus ihrem Bau zu locken. — Wer heute ein Dichter ist, ein Künstler und Bewahrer des Wortes, einer der Reichtum hat an Feuer, an Ausdruck, der zündete und entzündet, was mühte dem die Leidenschaft der Gerechtigkeit und — Vaterlandsliebe — für Aufgaben stellen! Klagt die Armen nicht an, daß sie groß sind, und daß sie aus den Kesseln, die man ihnen zuwirft, noch keine Seide weben! Betrachtet es endlich als eure Aufgabe, ihnen Waffen zu dichten, fein oder wuchlig, aber schneidend und schlagen. Solange ihr dahin nicht kommt, wird der Säbel über eure Heber hüpfen, wie über Zungen und Köpfe. Wann, in Deutschland und überall — werden sich unsre Federn rühden! Zu Märten.

Kunstkalender.

Gebrüder Sulzberger Tragedie „Ein halber Halb“ wird am Montag, den 6. Januar, im Schauspielhaus aufgeführt. Am 11. Sonntag des Verlesens der besten Volkshörner, das Sonntag, den 12. Januar, mittags 12 Uhr, im Theater am Bülowplatz stattfindet, wird Artur Schnabel Bestübens Concerts P. Dur op. 109, Schumanns Kreisleriana Bach 18 und Schuberts Sonate D-Dur op. 90 zum Vortrag bringen.

Der Streit im Gastwirtsgewerbe.

Massenversammlung der Streikenden.

In der letzten Nacht versammelten sich die streikenden Angehörigen des Gastwirtsgewerbes in großen Massen im Artus-Busch. Von der Manege bis zum höchsten Gipfel der Manege war der Artus-Busch besetzt. Noch nie hat Berlin eine derartige Kundgebung erlebt. Und diesmal handelte es sich sogar um streikende und ausgepörrte Kellner. Denn die Unternehmern, die über Terror der Angestellten zehren, sie sind es, die zuletzt zum Terror gegriffen haben. Baummeister, der das einleitende Referat hielt, führte aus, daß die Unternehmer aus politischen Streiks eine Generalausperrung gemacht haben. Unternehmern, die bereits die beschriebenen Forderungen der Angestellten bewilligt hätten, wurden gezwungen, ihre Zusätze wieder zurückzugeben und das Lokal zu schließen. Scharie, Reppert, wie Bierperre usw., wurden ihnen von der Unternehmer-Organisation in Aussicht gestellt. Die Café-Besitzer, die angeblich die Forderungen der Angestellten nicht bewilligen zu können, seien jetzt in der Lage, tagelang ihr Lokal geschlossen zu halten. In der Tat haben sie glänzende Geschäfte gemacht. Ruheten doch die Gäste wahre Phantasiereise. So kostete (in der Königin-Bar) eine Tasse Kaffee 3 M., am Silbner sogar 5,50 M., im gleichen Verhältnis bewogen sich die Preise für Bier, Wein und andere Getränke. Eine Flasche Selt kostete 88 M.

Der arme Redner Steppardt vom Gastwirtsbeihilfenverband schilderte dann eingehend die Entstehung der Bewegung und ihren bisherigen Verlauf. In den ersten Verhandlungen, die mit den Unternehmern geschlossen wurden, hatten diese ein Monatsgehalt von 50-100 Mark angeboten. Darauf konnten die Angestellten natürlich nicht eingehen. Auch den Kundendiensttag wollten die Unternehmer nicht einführen. Darauf wurden die Verhandlungen abgebrochen. Weiter Aktionen beschlossen sich die Angestellten vor. Die Unternehmer aber berichteten der Presse, die Verhandlungen seien auf den 6. Januar vertagt worden. Trotzdem hätten die Angestellten vorher zum Streik gegriffen. Das sei nicht wahr. Die vom Gastwirtsbeihilfenverband an die bürgerliche Presse gefandten Berichterstattungen habe diese nicht veröffentlicht. Selbst in Form eines bezahlten Artikels wurde die Veröffentlichung der Berichterstattung vom „8. Uhr-Menschenblatt“ abgelehnt.

Die Versammelten, die bisher die Ausführungen mit eifriger Aufmerksamkeit verfolgten, brachen jetzt in Verzweiflungsgeschrei gegen die Presse aus. Es fehlte ein furchtbarer minutenlanges Lärm ein, in dem Rufe war: „Raus mit dieser Lügenpresse aus den Arbeiterwohnungen!“ Die Redaktionen fürchten erschallen. Nachdem es dem Vorredner mit Mühe gelungen war, Ruhe zu schaffen, fährt der Redner fort: Der Streit sei von 600 Vertrauensleuten einmütig beschlossen worden, auch die Angestellten der in den Streik getretenen Betriebe erklärten sich einmütig damit einverstanden. Der Referent kam dann auf den Demonstrationstag der Streikenden zu sprechen, über den die bürgerliche Presse ebenfalls Lügenhafte Berichte gebracht habe. So habe sie die sich darüber entzündete, daß im Lokal „Troadero“ einige Kellnerstreikenden zertrümmert wurden, verschwiegen, daß hier die Deputation der Demonstranten mit vorgestrecktem Revolver von dem Besitzer empfangen worden wäre. Es wären keine Zwischenfälle vorgekommen, wenn man die Deputation der streikenden Kellner, die für ihre Rechte demonstrieren, ruhig angehört hätte. Die englischen Offiziere im Adlon-Hotel zeigten sich, als der Kellner in englischer Sprache sie darüber aufklärte, daß die Demonstration der Abschaffung des unwürdigen Trinkgeldwesens gelte, sehr erfreut über die Bestrebungen der Kellner.

Die Zahl der Ausgesperrten beträgt 7000. In letzter Stunde haben die Unternehmer angesetzt, ob der Verband der Gastwirtsbeihilfen zu Verhandlungen bereit sei. (Stürmische Aufre: Nein, niemals!) Der Redner erklärte, daß der Verband die angebotenen Verhandlungen nicht ablehnen möchte, natürlich nicht auf der Grundlage eines Monatslohes von 50-100 Mark. Nur bei Gewährung eines auskömmlichen, festen Gehalts könne der Kundendienst durchgeföhrt werden, womit das Trinkgeldwesen, dieses unwürdige System der Entlohnung, aufhöre. In der Diskussion wurde mitgeteilt, daß einige Unternehmer das Hilfspersonal nicht nur ausgepörrt, sondern sogar von der Wohnung auf die Straße gesetzt haben. Fiedler begrüßt im Namen des Genfer Vereins die Bewegung und erklärt, daß der Verein hinter den Streikenden stehe. Diefelbe Erklärung gibt ein Vertreter des Deutschen Kellnerbundes ab.

Ein Redner fordert zu einer Demonstration vor dem Lehrereinschulhaus am Alexanderplatz aus, wo die Unternehmer tagen. Er findet jüdelnden Beifall. Für die Arbeitslosen gibt ein Redner die Zusicherung ab, daß sie trotz aller Not den streikenden Kollegen nicht in den Rücken fallen werden. Es wird folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die im Artus-Busch versammelten gastwirtschaftlichen Angestellten haben mit Entzückung von dem Beschluß der Unternehmerorganisationen, alle Forderungen der Beihilfenabteilung abzulehnen, Kenntnis genommen. Sie verpflichten sich, den aufgezogenen Kampf mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu führen. Auf das härteste protestieren sie gegen die einseitig an derbunden tendenziösen Berichte der bürgerlichen Presse. Sie verurteilen jeden Gewaltstreik bei Arbeitsüberlegungen und protestieren gegen den Vorwurf, Gewalttätigkeiten begangen zu haben. Sie sprechen der Leitung des Verbandes der Gastwirtsbeihilfen ihr volles Vertrauen aus und beauftragen sie, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, welche den endgültigen Sieg verbürgen.“

Die Versammelten waren von dem besten Geist besetzt. Sie brachten ungetrübt zum Ausdruck, den ihnen aufgezwungenen gewaltsamen Kampf gemeinsam durchzuführen. Heute vormittag haben auf Wunsch der Unternehmer Verhandlungen begonnen.

Gewerkschaftliches.

Die Möbelpolierer, Beizer und Magazinarbeiter hielten gestern Abend im Gewerkschaftshaus eine Branchenversammlung ab, um zur Beseitigung der Zwischenmeister aus den Tischlereien und Magazinern Stellung zu nehmen. Der Vorsitzende Kollege Ritzke gab eingehend einen historischen Überblick über die Entstehung des Zwischenmeisterwesens, bedingt durch die zunehmende Arbeitsteilung zwischen Tischler und Polierer. Dieses System konnte damals nur durch die Gleichgültigkeit und den Mangel an Organisation überdauert werden, heute ist es zu einem Hindernis für die gesamte Kollegenchaft geworden. Durch die Kriegsverhältnisse haben sich die Arbeiten heute vereinfacht, an Stelle der Polierarbeit ist die Beizerarbeit getreten. Die Beizermeister in den Magazinern lernen junge Leute an, die durch raffinierte Arbeitsteilung intensiv auszunutzen werden. Aber ihre Einstellung und Entlohnung, über die Forderung des Lohnes verfügt der Meister, ohne an die Vereinbarungen zwischen Unternehmer und Organisation gebunden zu sein. Durch unangemessene Trennung der Beizer von den Tischlern und Polierern wird weiter die Organisationsarbeit sehr erschwert. Um diesen Mißstand zu beseitigen, muß von Seiten der Branchenverbände mit Unterstützung des Verbandes ein Druck auf die Unternehmer ausgeübt werden, daß sie die Polierer und Beizer einstellen und die Löhne festsetzen. Da die Zwischenmeister zum Teil Verbände bilden, muß der Widerstand von dieser Seite leicht zu über-

wunden sein! — In der Diskussion wurde die Schädlichkeit des Zwischenmeisterwesens durch einige Beispiele noch erhärtet. So war es z. B. bei der Firma Israel nicht möglich, eine für die Tischler und Möbelpolierer errungene Entschädigungssumme von 500 Mark, die am 24. Dezember ausgezahlt wurden, auch für die Beizer durchzusetzen. Auch kommt es vor, daß trotz der in den Tischlereien notwendig herabgesetzten Arbeitszeit auf 5 Stunden, die Beizermeister 8 Stunden arbeiten lassen, obwohl Hunderte von Kollegen arbeitslos sind! — Es wurde dann ein Beschluß gefaßt, daß in allen Betrieben die Obleute bei den Unternehmern wegen der Beseitigung der Zwischenmeister vorkestellt werden sollen. — Zum Schluß der Versammlung wurden die aus dem Felde zurückgekehrten Kollegen, die früher in der Organisation mitgearbeitet haben, aufgefordert, sich bei folgenden Kollegen zu melden: Für Osten Rensch, Simon-Dach-Straße 41, Südosts Reiche, Langstraße 65 und Norden Anselmino, Sonnenburger Straße 9.

Groß-Berlin.

Bombardierung einer Laube.

In der sogenannten Panower Sandwüste hat der Besitzer einer Laube auf deren Dache eine rote Fahne gehißt. Dicht vor der Laube fährt die Steinhewer Bahn vorbei. Auf dieser werden jetzt häufig Truppen zurücktransportiert. Die Züge können öfters nicht einfahren und halten auf freier Strecke längere Zeit still.

So hielt auch gestern wieder ein solcher Transportzug. Wie das so üblich ist, liegen viele der Leute aus und gingen längs des Zuges auf dem Bahndamm spazieren. Plötzlich wurden sie die rote Fahne gewahrt. Es begann sofort ein wahres Steinbombardement auf die Laube. Der ahnungslose Besitzer kam herauf und wollte sich dem rechten setzen. Auch er wurde mit einem Hagel von Steinwürfen empfangen. Als er versuchte, an die Truppen ein paar aufklärende Worte zu richten, wurde er niedergeschrien mit den Rufen: Runter mit dem roten Lappen! Fort mit dir Liebkechtbanditen! Der Steinhagel setzte mit neuer Wucht ein, und der Besitzer sowie sein Kind mußten sich in die Laube flüchten, um mit den fausthaken Steinen nicht eingeschmissen zu werden. Einer der jungen Leute drang sogar in das Grundstück ein und wollte die rote Fahne gewaltsam entfernen.

Das herausfordernde Gebaren dieser Leute verdient die schärfste Zurückweisung. Aber es fügt sich durchaus in den Rahmen dessen ein, was wir in letzter Zeit in vielen anderen Orten erleben und als konterrevolutionäre Machenschaften der Offiziere bezeichnen. Dieses „Herrenvolk“, das sich in den Jahren des Krieges als die von Gott auserwählte Rasse betrachtete und für Volkstrennung, Gerechtigkeit und Menschlichkeit nichts weiter als Hohn und Spott übrig hatte, fühlt sich in seinem verbrecherischen Treiben der Revolution gegenüber neu gestärkt durch die schwächliche, unsozialistische Politik der Ebert-Scheidemann-Regierung. Diese hat es zu verantworten, wenn die Offiziere auf die Revolution pfeifen, den Truppen von den Vorgängen in der Heimat ein Bild der Lüge und des Betrugs entwerfen und sie auffordern, gegen rote Fahnen gewaltsam vorzugehen.

Nur die von Offizieren geleitete Verheerung erklärt das herausfordernde Verhalten der Mannschaften. Wir alle wissen, welche Rolle der Offizier in den Kriegsjahren den Mannschaften gegenüber gespielt hat. Wir alle wissen, daß die Mannschaften in ihren Augen nichts weiter waren als Knechte und Sklaven. Daß man sie mundtot und willenlos machte und nichts weiter konnte als unbedingten Gehorsam. Wir wissen auch, daß sich der Mannschaften dieserhalb eine immer mehr steigende Erbitterung bemächtigte. Daß sich Tausende schürzen, mit den Machenschaften der Offizierskaste noch einmal Abrechnung zu halten. Wenn jetzt junge Mannschaften mit eben denselben Offizieren wieder zusammengehen, so beweist das nur, mit welchem Wut von Lügen die Leute angefüllt worden sind. Sonst ließen sie sich nun und nimmer von Offizieren zu diesen betwerflichen Sprechern mißbrauchen. Dieser Zustand wird sich aber nicht eher ändern, als bis das revolutionäre Volk aufsteht und durch seinen Machtwillen durchsetzt, was die Scheidemannier nicht durchsetzen wollen: Abschaffung der Kommandogewalt, Befreiung der Mannschaften, Entlassung aller Offiziere, die nicht unweidmütig auf dem Boden der Revolution stehen!

Reubmord im Hotel Adlon.

Ein furchtbares Verbrechen wurde heute vormittag im Hotel Adlon am Pariser Platz entdeckt. Der 45 Jahre alte, aus Jeschitz gebürtige Geldbrieftträger Oskar Lange aus der Bausstraße 28, der auf dem Postamt 8 in der Französischen Straße, in der Nähe der Mauerstraße, angestellt war, trat gestern früh zur gewöhnlichen Zeit seinen Dienst an. Kurz vor neun Uhr begab er sich auf den Toiletengang. Er hatte 8000 Mark bares Geld und 41 Geldbriefe mit hohen Beträgen auszuzahlen. Als er nicht zurückkehrte, ließ das Postamt in seiner Wohnung nachsehen. Aber auch hier war der betagte Beamte nicht wieder zu finden. Die Nachforschungen nach dem Vermissten ergaben, daß Lange kurz vor 9 Uhr zunächst in der Wilhelmstraße 71 bei der Nordischen Grundkredit-Bank, dann im Hotel Adlon und hierauf im Hotel Bristol unter den Linden gewesen war. Die nächste Mitteilung bei dem Juwelier Friedländer unter den Linden hatte er nicht mehr ausgeführt. Niemand hatte ihn auch aus dem Hotel Bristol wieder herausgesehen. Nach diesen Feststellungen benachrichtigte man die Kriminalpolizei, weil der Verdacht eines Verbrechens nahelag. Ober-Reg.-Rat Hoppe erschien auch bald mit mehreren Beamten. Man durchsuchte alle Räume des großen Hotels bis tief in die Nacht hinein, fand aber keine Spur, auch weiter niemanden, der gesehen hätte, daß der Vermisste das Hotel verlassen hatte. Trotzdem war das geschehen.

Die fortgeschrittenen Ermittlungen ergaben heute früh, daß Lange gegen Mittag unter den Linden in der Höhe des Hotel Adlons gesehen worden war. Ein Angestellter dieses Hotels, ein Freiseur, glaubte sich dann bestimmt zu erinnern, daß er ihn um 11 1/2 Uhr noch im ersten Stock des Hotels gesehen habe. In diesem Stock liegt eine Blucht von Räumen, die aus Solon, zwei Schlafzimmern und einem Badezimmer bestehen. Eine solche Hotelwohnung hatte bis gestern ein Gast innegehabt, der sich Hausbesitzer vom Winterfeld aus Hamburg nannte. Er hatte dann unter der Vorgabe, daß er seine Eltern erwartete, noch ein Zimmer mit zwei Betten bestellt. In der vergangenen Nacht war „von Winterfeld“ in seinen Räumen nicht mehr gewesen. Er hatte sie alle abgeschlossen. Die Kriminalbeamten machten sich nun sofort daran, sie zu öffnen und gelangten durch ein Schlafzimmernach dem Solon. Hier sahen sie gleich auf den ersten Augenblick, daß der Geldbrieftträger einem Verbrechen zum Opfer gefallen war. Der Mann lag im Solon tot auf einem Sessel. Ein Laken aus der Badstube war ihm über den Kopf gedrückt. Das rechte Bein hand vorgezogen, das linke krummhalsig angezogen. Nach Abnehmen des Lakens erkannte man gleich auch die Art der Ausführung des Verbrechens. Die Wunde war dem Geldbrieftträger tief über den Kopf gezogen. Ueber den Mund war ihm eine Serviette gebunden. Eine 9 Millimeter starke Bohre war ihm um den Hals gelegt und loslosartig zugezogen. Dann war sie um den Sessel herumgelegt,

so daß sie die Hände stark anspannte. Bestell- und Geldbrieftasche wurden bei dem Beamten unbeschädigt gefunden, aber leer. Geld und Geldbriefe waren geraubt, die Ruberts, in denen sich die Werte befanden hatten, lagen durcheinander unter dem kleinen Tisch des Solons. Auf dem Tisch stand ein Zigarrenschaber mit einer Zigarette, die zu Dreiviertel aufgerollt war. Vielleicht hat der Räuber sie seinem Opfer angeboten gehabt, um ihn aufzuhalten. Ein Glas, das ebenfalls auf dem Tisch stand, enthielt noch Wasser. Es wird untersucht, ob vielleicht Gift hineingemischt ist. Mehrere Badelassen aus dem Badezimmer lagen auf den Sesseln umher. — Auf die Ermittlung des Verbrechens haben die Oberpostdirektion und die Kriminalpolizei je 5000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Der Einzug der Fronttruppen nach Berlin ist beendet. Die Kommandantur teilt mit, daß sich nunmehr die Besetzung der öffentlichen und privaten Gebäude und Plätze der Stadt erfüllt. Auch die Ausschmückung der Bahnhöfe könne ebenfalls wieder entfernt werden.

Lebensmittellieferanten.

Pankow. Vom Sonnabend, den 4. Januar 1910, ab werden in den bekannten Geschäften gegen Abrennung der Bezugs- und Quittungsabschnitte 85 und 86 der allgemeinen Lebensmittellieferanten 250 Gramm Maxweide, also zusammen 500 Gramm zum Preise von 1 Mark ausgegeben. — Vom Sonntag, den 5. Januar 1910, ab werden in den bekannten Geschäften gegen Abrennung des Bezugs- und Quittungsabschnittes 88 von der allgemeinen Lebensmittellieferanten 100 Gramm Erbsen zum Preise von 10 Pfennigen ausgegeben. Bei der Abgabe von mehr als 500 Gramm haben die Kaufleute den Pfandpreis von 48 Pfennigen zugrunde zu legen.

Aus den Organisationen.

4. Wahlkreis.

Am Sonnabend, den 4. Januar, abends 6 Uhr, findet bei Gut, Warschauer Str. 61, eine Sitzung der Abteilungsleiter statt. Vollzähliges Erscheinen ist unbedingt erforderlich. Der Vorstand.

Kreis Teltow-Beeskow.

Bei Bedarf von Flugblättern und Mejerzeten wollen sich die Vorstände der Ortsvereine des Kreises Teltow-Beeskow an den Kreisorganisationsausschuß wenden. Adresse: Berliner Verbandsbureau, Berlin E., Schilderstr. 5-6. Telefon: Amt Alexander Nr. 3007.

Achtung! Genossen, die in der Provinz Brandenburg wohnen und bei der Ordnung von Wahlvereinen sowie Agitation für die „Freiheit“ beihilflich sein wollen, werden gebeten, ihre Adressen im Verbandsbureau der Wahlvereine Groß-Berlins der U. S. P. D., Berlin, Schilderstr. 5, abzugeben.

Achtung! Freie Jugend Weisenfel! Hierdurch werden sämtliche Jugend-Vertrauensleute im Bezirk Weisenfel aufgeföhrt, umgehend ihre Adresse unter Angabe des betreffenden Betriebes an das Bureau des Jugend-Komitee, an die Adresse Willy Dör, im Restaurant Hansen, Weisenfel, Sobanstr. 93, einzusenden. Das Bureau ist Montag, Mittwoch und Freitag von 4-8 Uhr geöffnet. Am Mittwoch jeder Woche ist dort Sitzung sämtlicher Vertrauensleute.

Beraminungen.

Tempelhof. Vor überfüllter Beraminung sprach am Montag Abend in der Aula des Realgymnasiums Genosse Eisel, Berlin, über „Die Wahlen zur Nationalversammlung“. Die Gestaltung der politischen Verhältnisse von dem 4. August 1914 bis zu den heutigen Tagen durchgehend, brachte Redner eine solche Fülle von Zeitgenossenmaterial herbei, daß der Beweis, die Politik der Scheidemannier sei für die Arbeiterklasse verhängnisvoll und irreleitend, glänzend gelang. Der Ausspruch, die Tat der Ebert-Scheidemann-Weis am 24. Dezember sei eine verbrecherische Dummheit, fand allseitige Zustimmung. Die Mehrheitssozialisten haben nie an die revolutionäre Klasse geglaubt und deshalb rufen sie noch heute nach Ruhe und Ordnung. Aber die Arbeiterklasse lasse sich das Ertrugene nicht wieder nehmen. Hart gegen hart werde sie für ihre Rechte kämpfen. Wir sind von jeher getreten worden, und noch bestche kein Revolutionstribunal. Die U. S. P. D. kämpfe für die Verwirklichung des Sozialismus. Für ihre Kandidaten müsse jeder bei der Wahl zur Nationalversammlung stimmen. In der Diskussion wirkten die Ausführungen eines Mehrheitssozialisten nicht überzeugend. Alle seine Argumente wurden von den Diskussionsrednern und vom Referenten treffend widerlegt. Der Appell an die Versammlungsteilnehmer, mitzuarbeiten und mitzukämpfen im revolutionären Sinne der U. S. P. D. fand begeisterten Beifall. 28 Neuaufnahmen und 31 neue Leser für „Die Freiheit“ war der Erfolg dieser Beraminung.

Naßbors. In einer öffentlichen Beraminung referierte Genosse Mahler über: „Die Arbeiterschaft und die Nationalversammlung“. Der Referent sprach über die demagogische Politik der Mehrheitssozialisten, die Ursachen und Folgen der Revolution und ihre Entwicklung bis zur Stunde. Die Kennzeichnung der Blutpolitik des Ebertkabinetts löste lebhaften Beifall aus, während die anwesenden Mehrheitsler durch eifrige Zwischenrufe ihre Unkenntnis politischer Ereignisse bewiesen. Die Mehrheitssozialisten der Sozialisierung entgegenarbeiteten, zeigte Genosse Mahler treffend an Hand der Auslassungen des „Sozialdemokraten“ Dr. August Müller, Unterstaatssekretär im Reichswirtschaftsamt, der die Sozialisierung des Vergahens als „Verbrechen“, als „Dummheit“ bezeichnet. Das Resultat des Wahlkampfes möge aufzeigen, daß das denkende Proletariat sich der Notwendigkeit des Klassenkampfes auch fortan bewußt sei. — In der Diskussion bemühten sich einige Mehrheitssozialisten, die Politik ihrer Führer zu verteidigen. Redner unserer Richtung wie auch Genosse Mahler in seinem Schlußwort bewiesen durch mannigfache Beispiele, wie sehr die Mehrheitssozialisten vom Wege sozialdemokratischer Grundzüge abgewichen seien, und daß es insbesondere der bestehenden Schreibweise der Mehrheitsblätter zu verdanken sei, daß heute das Proletariat in zwei Lagern stehe. — Die Beraminung, besucht von 30 Personen, darunter auch viel Frauen, bewies das rege Interesse der Bevölkerung an politischen Leben.

Eine konstituierende Beraminung der U. S. P. D., Kreis Niederbarim, Bezirk Röntgenhof, Jopernid, Buch, fand am Montag, den 23. Dezember im Lokal des Genossen Adomeit, Röntgenhof, statt.

Der Beraminungsleiter, Genosse Buchholz, wies in kurzen Worten darauf hin, welcher Schritt und dazu getrieben, uns von der Mehrheitspartei zu trennen und der U. S. P. beizutreten. Genosse Buchholz, Röntgenhof, wurde unter anderem zum 1. Beraminungsleiter gewählt. Nachdem dann nochmals darauf hingewiesen wurde, kräftig für die Freiheit und für Mitglieder zu werben, erfolgte Schluß der Beraminung. Es traten dem neuen Bezirk 16 Genossen bei.

Eine Mitgliederberaminung, welche am Sonnabend, den 28. Dezember in demselben Lokal stattfand, war von 72 Männern und Frauen besucht. Der Erfolg der Genossen, die diese kurze Zeit vom 23. bis 28. zur kräftigen Agitation benutzten, blieb nicht aus. Es wurden in der Beraminung weitere 20 Neuaufnahmen gemacht, sowie 20 Abonnenten der Freiheit gewonnen. Wenn jeder keine Bezirk seine Agitation so einfaßt, wie es hier die Genossen tun, können wir getrost am Tage der Nationalversammlung rufen: Mit uns das Volk, mit uns der Sieg!

Ernämlich für die Redaktion: Alfred Willepp, Reuköln. — Druck der Lindenbucherei und Verlagsgeellschaft m. b. H., Schildhausdamm 14.